

Wege zum Trialog

von Rudolf Büllesbach

In Rheinland-Pfalz wurde mit der Initiative Rheinland-Pfalz 24 bereits eine leistungsfähige e-Government-Infrastruktur geschaffen. Derzeit stehen die Finanzierung neuer Projekte und die Einbindung der Wirtschaftsbranchen im Mittelpunkt der strategischen Planungen.

Ministerpräsident Beck hat auf der CeBIT 2002 gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden die e-Government-Initiative Rheinland-Pfalz 24 gestartet. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancen von e-Government für mehr Effizienz in der Verwaltung und für mehr Service für den Bürger zu nutzen. Die Ergebnisse sind deutlich sichtbar: Inzwischen haben die Behörden im Lande eine Vielzahl von Onlinediensten und Internetportalen als wichtige Anlaufstellen aufgebaut. Die Bürger können sich qualifiziert über das Internet informieren, Formulare herunterladen oder Verwaltungsgänge besser organisieren.

Im Zuge von Rheinland-Pfalz 24 wurden für diese und weitere Projekte wesentliche Voraussetzungen geschaffen:

Ausbau des rlp-Netzes: Rheinland-Pfalz verfügt seit 1996 mit seinem flächendeckenden rlp-Netz über eine breitbandige Datenautobahn, die den schnellen und sicheren Kommunikationsfluss gewährleistet, ein „intelligentes Netz hinter dem Internet“, das digitale Nervensystem des Landes. Daran sind fast alle staatlichen Stellen wie etwa die Finanzämter, die Polizeidienststellen und Katasterämter, alle Hochschulen sowie sämtliche kommunalen Verwaltungen angeschlossen.

Durchführung einer Verwaltungsreform: Die Zahl der Behörden wurde von 38 auf 4 verringert; aus dem dreistufigen wurde ein zweistufiger Verwaltungsaufbau.

Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur: Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform wurden die Arbeitsplätze der staatlichen Verwaltung flächendeckend mit PCs ausgestattet und diese miteinander vernetzt, eine einheitliche Bürokommunikation aufgebaut und rund 270 Fachanwendungen eingebunden. Gleichzeitig wurden alle betroffenen Arbeitsplätze mit hohen Bandbreiten an das rlp-Netz angeschlossen und die Mitarbeiter geschult.

Mainzer Fragen für branchengetriebenes e-Government

Verwaltung:

- Warum funktionieren die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Branchen nicht online?
- Ist es Aufgabe der Verwaltung, den finanziellen Nutzen der Branchen durch e-Government zu ermitteln?
- Ist die Verwaltung bereit, die Integration von e-Government in die Prozessketten der Branchen mitzufinanzieren?

IT-Unternehmen:

- Warum suchen die Unternehmen im Bereich Informationstechnik für e-Government nur den Kunden „Verwaltung“?
- Sind die IT-Unternehmen für ein branchengetriebenes e-Government richtig aufgestellt?
- Brauchen wir insgesamt mehr „Grenzgänger“ an den Schnittstellen Branchen/Verwaltung/IT-Unternehmen?

Wirtschaft:

- Können die Wirtschaftsbranchen Geld verdienen, wenn sie e-Government in ihre Prozesse integrieren?
- Warum sind den Wirtschaftsbranchen die Potenziale von e-Government unbekannt?
- Warum werden die Wirtschaftsbranchen in die e-Government-Diskussion nicht unmittelbar einbezogen?

Einheitliches Dokumenten-Management-System: Komplexe Genehmigungsverfahren können als Workflow nur abgebildet werden, wenn ein leistungsfähiges Dokumenten-Management-System eingesetzt wird. Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Bundesländer entschieden, ein einheitliches System landesweit einzusetzen.

Einführung der digitalen Signatur: Die Landesregierung hat im April 2002 beschlossen, ein einheitliches, chipkarten-gestütztes Signatursystem im Bereich der Landesverwaltung einzuführen. Ein erfolgreiches Pilotprojekt ist die komplette elektronische Haushaltsbewirtschaftung der Landesregierung.

Mit diesen Maßnahmen hat Rheinland-Pfalz eine durchgehend einheitliche Infrastruktur für Verwaltungsdienstleistungen geschaffen. Damit können jetzt Genehmigungsverfahren abgebildet und Verwaltungsprozesse der staatlichen Verwaltung verändert werden.

Die Landesregierung hat für die Realisierung dieser Ziele in den letzten fünf Jahren mehr als 250 Millionen Euro aufgewendet. Viele dieser Investitionen haben die Effizienz der Behörden deutlich gesteigert. Sie haben dabei aber nicht immer zu den Kosteneinsparungen geführt, die in der Wirtschaft mit der Einführung neuer Technologien verbunden sind. Deshalb ist nicht verwunderlich, dass insbesondere in vielen Rathäusern angesichts leerer Kassen Investitionen im Zusammenhang mit e-Government kritischer hinterfragt und oft auch aufgeschoben werden. Die zentralen Fragen heißen nicht mehr nur „Was kann man alles machen?“ oder „Was will

der Bürger?“. Es steht vielmehr die Frage nach dem konkreten Nutzen für Bürger und Wirtschaft und die hierfür vertretbaren Kosten im Vordergrund. Dies hat Konsequenzen für viele e-Government-Angebote. Schneller Zugriff zu Informationen sowie neue Formen der Kommunikation stehen im Mittelpunkt. Eine Leistungstiefe, die darüber hinausgeht und sich auf den gesamten Verwaltungsprozess bezieht, wird bei vielen Kommunen in den nächsten Jahren nicht realisiert. Die Kosten können damit in Grenzen gehalten und ein vernünftiger Service für die Bürger geschaffen werden.

Es gibt allerdings auch Bereiche, in denen die Verwaltung in Rheinland-Pfalz mehr tun will und muss. Diese finden sich dort, wo komplexe Verwaltungsprozesse in die Wertschöpfungsketten der Wirtschaft integriert werden oder wo durch die Veränderung von Prozessen neue Wertschöpfungsketten generiert werden können. Rheinland-Pfalz will seine Verwaltungsleistungen ohne einen Medienbruch der Wirtschaft anbieten. Das Land sieht hierin einen echten Mehrwert, der auf die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen zentralen Einfluss hat.

Diese Ziele stehen im Mittelpunkt der e-Government-Strategie. Bei der

Planung neuer Projekte wird derzeit aber immer deutlicher erkennbar, dass die IT-Strategien von Verwaltung und Wirtschaft nicht aufeinander abgestimmt sind. Deshalb muss aus dem Dialog zwischen Verwaltung und IT-Industrie ein Trialog werden, bei dem die verschiedens-



Schulterschluss schon beim Start-Countdown: Rheinland-Pfalz 24.

ten Wirtschaftsbranchen einbezogen und die Ziele, der konkrete Nutzen und eine mögliche gemeinsame Finanzierung von e-Government diskutiert werden.

Vor diesem Hintergrund wurden in Rheinland-Pfalz im Sommer 2003 mit Wirtschaftsvertretern die Chancen von e-Government diskutiert. Diese Kommunikationskultur wird auch in diesem Jahr ein wesentliches Element der e-Government-Strategie des Landes sein. Die „Mainzer Fragen für ein branchengetriebenes e-Government“ (siehe Kasten) stecken dabei den Rahmen ab und zeigen Lösungen für die Finanzierung zukünftiger e-Government-Projekte auf.

Dr. Rudolf Büllsbach ist stellvertretender Leiter der Abteilung Medien und Multimedia der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz.